

und die Besatzungskosten - solange die Besatzung noch bestehen bleibt - auf fünf Prozent des Staatshaushaltes ermäßigen.

Die anderen wollen, daß die Reparationen weitergezahlt werden, und bürden der westdeutschen Bevölkerung neue und höhere Besatzungskosten auf.

Die einen wollen die friedliche Zusammenarbeit Gesamteuropas und die Einigung aller europäischen Staaten in kollektiver Sicherheit.

Die anderen stellen 6 EVG-Länder den übrigen 26 europäischen Ländern entgegen und ziehen quer durch Deutschland eine Pulverlinie, die Europa spaltet.

Zwischen diesen beiden Wegen, dem Weg des Friedens oder dem Weg des Krieges, muß das deutsche Volk wählen.

Die Partei des werktätigen Volkes zeigt den Weg

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die in der Stunde erschütternder nationaler Not geboren wurde, die Partei, in deren Führung und Reihen die standhaftesten Kämpfer gegen Militarismus, Faschismus und Krieg stehen und die Schulter an Schulter mit dem ganzen friedliebenden Volk um ein neues Deutschland kämpft, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erklärt:

Die Verträge von Bonn und Paris sperren die Straße zur deutschen Einheit und öffnen den Weg zum Krieg. *Um des Glücks der Deutschen willen darf kein Teil unseres Vaterlandes in die amerikanisch-englische Kriegskoalition hineingezogen werden.*

Soll Deutschland in Frieden leben, dann müssen der Pariser EVG-Vertrag und der Bonner Generalvertrag fallen und die Remilitarisierung Westdeutschlands verhindert werden. Soll Deutschland endlich eins werden, dann muß die auf Deutschlands Spaltung berechnete amerikanische Einmischung und Vorherrschaft in Westdeutschland ein Ende haben und das Besatzungsstatut außer Kraft gesetzt werden. In diesem Kampf erfüllt die Nationale Front des demokratischen Deutschland, in der sich die patriotischen und demokratischen Kräfte zusammenschließen, ihre geschichtliche Aufgabe.

Die Sowjetunion hat den Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage gezeigt und der Deutschen Demokratischen Republik die Souveränität garantiert. Die Souveränität der Deutschen Demokratischen